

Franz Steinkühler Individualisierung und Sicherheit neu gestalten – Gewerkschaftliche Politik an der Schwelle zur Jahrtausendwende

***Zusammenfassung:** Die Problemlagen – Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, Umweltrisiken, Verhältnis zwischen den Geschlechtern, internationale Konflikte – sind globaler Natur, die Reaktionen der Menschen aber häufig individualistisch, ein Rückzug in die Privatheit. Die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen können aber nur Spielräume öffnen, wenn sie auf dem Hintergrund sozialer Sicherheit erfolgen. Daraus ergeben sich auch für die Gewerkschaften wichtige Aufgaben: bei der Gestaltung von Arbeit und Technik und bei der Entwicklung einer ökologisch-sozialen Produktions- und Arbeitspolitik. Als Organisationen der ArbeitnehmerInnen müssen die Gewerkschaften Konsequenzen für die Organisationspraxis aus den neuen Bestimmungen des Verhältnisses von Individuum und Kollektiv ziehen. Deren Leitlinie muß auch weiterhin Solidarität und Freiheit sein: im Verhältnis der Generationen, der Geschlechter und der Berufs- und Einkommensgruppen.*

Wir leben in bewegten Zeiten und in einer Periode säkularer Umbrüche

Die Bundesrepublik Deutschland steht wie alle Industriestaaten in wirtschaftlicher, technologischer, beschäftigungspolitischer und sozialstruktureller Hinsicht in einem tiefgreifenden Umbruchprozeß, der von krisenhaften Erscheinungen begleitet wird. Dazu gehören millionenhafte Arbeitslosigkeit, neue und alte Armut, Branchenkrisen und – in deren Gefolge – regionale Ungleichgewichte. Vier Konfliktlinien prägen den Umbruchprozeß und seine krisenhaften Begleiterscheinungen:

1. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Er bildet den Kern der alten Klassenfrage. Nach wie vor herrscht Verteilungsgerechtigkeit und nach wie vor werden harte Auseinandersetzungen um Arbeit und Einkommen geführt.
2. Die Verteilung der Umweltrisiken. Die Umweltzerstörung hat zur existenziellen Bedrohung der Menschen geführt und die Gefahren der Zerstörung der Lebensgrundlagen der kommenden Generationen heraufbeschworen. Neben die Klassenfragen sind Gattungsfragen getreten.
3. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen. Es geht um die gesellschaftliche Gleichheit der Geschlechter im Beruf wie in der Familie.
4. Internationale Konflikte: Es geht um Frieden, Abrüstung, internationale Verteilungsgerechtigkeit und um die Entwicklung weitgehend gleicher Lebenschancen in den Regionen, um ein weiteres ökonomisches Auseinanderdriften zu verhindern.

In der Auseinandersetzung an diesen grundlegenden Konfliktlinien entscheidet sich, ob es in der Gesellschaft ein Mehr an Demokratie, an Gleichheit, an Solidarität und Freiheit gibt oder ob sich die soziale Spaltung vertieft und die Differenzierung der Lebenslagen der Menschen unüberbrückbar beschleunigt.

Wir leben in einer Zeit, in der die Globalisierung zahlreicher Risiken und Probleme einen nie gekannten Stand erreicht hat. Die Globalisierung von Problemlagen verändert das Bewußtsein und das Denken der Menschen. Die zunehmende Komplexität, die internationale Vernetzung von ökonomischen und sozialen Beziehungen und von Produktionsstrukturen existiert schon in der Realität. Im Denken der Menschen beobachten wir gegenläufige Tendenzen. Unübersichtlichkeiten, Unsicherheit, das Bewußtsein der gesellschaftlichen und globalen Risiken fördern eher den Rückzug ins Private, in die Dezentralität, fördern die Konzentration auf die eigenen Interessen. Wir beobachten aber auch Tendenzen zur Aufwertung der Dimension der Individualität, die in jedem Menschen mit dem Willen zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit angelegt ist.

Die verbesserte materielle Lage und ein höheres Bildungsniveau für die Mehrheit der Bevölkerung haben zu einer Veränderung der Ansprüche des einzelnen an die Gesellschaft, an Arbeit, Bildung, Beteiligung und Freizeit geführt. Das gilt insbesondere für die jüngere Generation. Die langfristige Zunahme des durchschnittlichen Bildungsniveaus, die höhere Vielfalt von Haushalt- und Familienformen, die Arbeitsmarktchancen auch für verheiratete Frauen, das zugenommene verfügbare Einkommen haben die individuellen Wahlmöglichkeiten bei der Lebensgestaltung erweitert und die Notwendigkeit selbstverantwortlicher Entscheidungen verstärkt. Traditionsbindungen und die Gewißheit der Klassenlage sind bei einem zunehmenden Teil der Arbeitenden einem breiten Spektrum persönlicher Wahlmöglichkeiten gewichen. Milieus verschiedener Schichten vermischen sich oder beginnen dies zu tun.

Die vorliegenden sozialwissenschaftlichen Analysen präsentieren ein vielschichtigeres Bild als es die Begriffe Individualisierung oder Pluralisierung zu signalisieren vermögen. Auch die Vorstellung, daß Individualisierung in einer reichen Gesellschaft zum Abbau kollektiver Sicherungssysteme führen könne und führen werde, hat sich als falsch erwiesen. Mit dem Individualisierungsprozeß ist keineswegs eine Reduzierung der Ansprüche an die soziale Sicherheit verbunden. Das Gegenteil ist der Fall. Individualisierung ist komplementär zur kollektiven Sicherheit. Die neokonservative Alternative Freiheit oder Sicherheit, Individualität oder Kollektivität sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich wechselseitig. Freiheitsrechte bleiben Papier, wenn man sie aus materiellen Gründen nicht wahrnehmen kann. Deshalb ist für die meisten Arbeitnehmer Solidarität und soziale Sicherheit die Voraussetzung, um wenigstens Teile individueller Erwartungen, Wünsche und Sehnsüchte verwirklichen zu können und Individualisierung, Vielfalt und Selbstbestimmung zu einem Zuwachs an Freiheit zu verbinden.

Die Forschungsgruppe von Wolfgang Zapf kommt in ihrer Studie für das Bundeskanzleramt zu dem Schluß, daß sozialstaatliche Regelungen die Voraussetzung für eine Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen sind.

»Die Gesellschaftspolitik muß die soziale Sicherheit garantieren, damit sich die Innovationskräfte der Individualisierung entfalten können. Wenn man unter Individualisierung nicht vornehmlich Egoismus oder Vereinzelung, sondern das Ergebnis der gestiegenen Anforderungen an Initiative, Selbstverantwortung und Problemlösungskapazität der Bürger in den überschaubaren Sozialgruppen der Familien und Haushalte versteht, löst sich die scheinbar paradoxe Beziehung von Individualisierung und Sicherheit auf und gibt den Blick frei auf Lebensarrangements, auch auf soziale Probleme, die in den kommenden Jahren noch deutlicher hervortreten werden«.

Damit bestätigt sich die alte Gewißheit der Arbeiterbewegung, daß Individualität, Solidarität und soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Die verbesserten Möglichkeiten einer individuellen Gestaltung für alle sozialen Gruppen haben zweierlei zur Voraussetzung:

- die soziale Gestaltung von Ökonomie und Technik
- die Fortentwicklung unserer Sozialverfassung mit dem Ziel, ein Höchstmaß an individueller Selbstentfaltung mit einem System gesellschaftlicher und kollektiver Regelungen zu verbinden.

Die gewerkschaftliche Politik will gesellschaftliche Voraussetzungen für individuelle Wahlmöglichkeiten und differenzierte Lebensformen schaffen, um dem gewandelten Verständnis von gesellschaftlicher Gestaltung und Individuum zum Durchbruch zu verhelfen. Wir verknüpfen damit unsere Politik direkt mit den kritischen Ansprüchen nach individueller Selbstentfaltung und nach demokratischer Mitwirkung an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbeziehungen.

Im Zentrum gewerkschaftlicher Politik steht die Gestaltung von Arbeit und Technik

Arbeit ist weiterhin eine zentrale, lebensbestimmende Kategorie dieser Gesellschaft. Zwar bleibt Erwerbsarbeit für die Mehrzahl der Menschen die zentrale Einkommensquelle, aber durch längere Ausbildungszeiten, kürzere Wochenarbeitszeit, frühere Verrentung bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung nimmt die Bedeutung der Erwerbsarbeit für Bewußtseins- und Identitätsbildung des Einzelnen ab. Gleichzeitig steigen die Ansprüche an die Erwerbsarbeit. Sie dient nicht nur dem Broterwerb, sondern soll auch zur Selbstverwirklichung des Einzelnen beitragen. Mündige Bürger wollen nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch am Arbeitsplatz ihre Kreativität und ihren Gestaltungswillen einbringen.

Wichtigste gewerkschaftliche Handlungsebene bei der Gestaltung von Arbeit und Technik bleibt die Tarifpolitik. Auf ihrem Terrain wird nicht nur die Zukunft der Arbeit, sondern auch über die Zukunft der Gewerkschaften mitentschieden. Im Vordergrund steht deshalb die Frage, ob sich die Menschen an die Bedingungen der Produktion anzupassen haben oder die Bedingungen der Produktion auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden können.

Unser tarifpolitisches Nahziel bleibt die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Dieser Kampf wird 1990 mit größtmöglicher Kraft fortgeführt. Alte Arbeitslosigkeit und neue Arbeitnehmerbedürfnisse machen dies unumgänglich. Aber auch

mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche wird kein geschichtsloser Endzustand der tariflichen Arbeitszeitpolitik erreicht. Die weitere Arbeitszeitverkürzung wird auf jeden Fall kommen. Der Kampf wird darum zu führen sein, ob dies in der autoritären Form der Arbeitslosigkeit für viele geschieht oder ob dies unter der demokratischen Form der Wochenarbeitszeitverkürzung für alle gelingt.

Wir wollen die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Der Kompromiß wird dabei nicht darin bestehen, daß die Arbeitnehmer die Arbeitszeitverkürzung und die Arbeitgeber die Arbeitszeitflexibilisierung bekommen. Ein Tauschgeschäft zwischen Arbeitsplätzen für die Gesellschaft und weniger Kosten für die Betriebe ist illusorisch. Zusätzliche Arbeitsplätze sind nur mit dem Preis von zusätzlichen Kosten zu haben.

Form und Inhalt der Arbeitsflexibilisierung sind und bleiben – wie die Arbeitszeitverkürzung – umstritten und kontrovers. Wir lehnen die Flexibilisierung der Arbeitszeit nach der Maßgabe der unternehmerischen Belange

- der Zerstörung des freien Wochenendes
- der Unterordnung von lebendiger Arbeit unter totes Kapital sowie
- der Durchsetzung des kapitalistischen Zeitregimes unter den Bedingungen flexibler Spezialisierung und Gewinnmaximierung ab.

Wir wollen statt dessen die Erweiterung von Entscheidungsspielräumen der Arbeitnehmer nach Maßgabe menschlicher Bedürfnisse im Rahmen

- der Verteidigung des Normalarbeitstages und des Normalarbeitsverhältnisses,
- der Sicherung individueller Wahlmöglichkeiten im Kontext sozialer Eckpunkte.

Unser Ziel ist die Durchsetzung einer sozialen Zeitkultur als Schritt zur Befreiung von Arbeitslosigkeit wie auch zur Befreiung in der Arbeit. Dabei gilt es die unterschiedlichen Zeitbedürfnisse der Arbeitnehmer zu berücksichtigen und eine möglichst hohe Zeitsouveränität zu verwirklichen. Deswegen wollen wir dazu übergehen, in den Tarifverträgen Wahlmöglichkeiten zu vereinbaren, innerhalb derer die Belegschaften die Verteilung ihrer Arbeitszeit per Betriebsvereinbarung festlegen können. Wir werden Tarifverträge abschließen, die die Möglichkeiten für den Einzelnen erweitern, aber gleichzeitig auch negative Regelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausschließen.

Wachsende Ansprüche an Teilhabe und Mitbestimmung verlangen nach einer aktiven Rolle der Gewerkschaften bei der Gestaltung von Arbeit, bei der Mitbestimmung über deren Organisation und Inhalte. Der Wunsch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Mitbestimmung und Beteiligung ist spürbar gewachsen. Wir werden ihn aufgreifen, indem wir für eine emanzipatorische, demokratische und beteiligungsorientierte Arbeitsverfassung kämpfen. Dies setzt aber auch mehr gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen auf allen Gebieten voraus.

Ausgangspunkt einer zukunftsorientierten Gestaltungspolitik ist die Durchsetzung von Qualifikations- und Beteiligungszeiten als Alternative und Korrektiv zu den neuen Managementtechniken und unternehmerischen Qualitätszirkeln sowie die Realisierung unserer institutionellen Mitbestimmungsforderungen

- nach erweiterter Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz
 - nach Reklamations- und Initiativrechten auch des einzelnen Arbeitnehmers.
- Der Betrieb muß zum Ort der Aussprache über Arbeitsbedingungen und -organisation werden.

Wir stehen mitten in der Diskussion, wie durch Initiativen betriebspolitischer und tarifpolitischer Art dazu beigetragen werden kann, die Arbeit ökologisch erträglich, ressourcenschonend und sozial- wie gesundheitsverträglich zu gestalten. Dabei stellen sich sowohl Fragen nach der Qualität der Produktion wie nach den Voraussetzungen, die es ermöglichen, Investitionsentscheidungen in Richtung auf gesellschaftlich akzeptable und notwendige Gemeinschaftsinteressen hinzuorientieren.

Das alles soll und wird sich nicht in Konkurrenz zum Betriebsrat abspielen, wie das früher von vielen befürchtet worden ist. Betriebsräte und Gewerkschaften können im Interesse der Arbeitnehmer nur stark bleiben, wenn sie die Organisation der Produktion und die Verantwortung für Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und Unternehmen nicht mehr allein dem Kapital überlassen.

Zielpunkt unserer Initiativen zur gesellschaftlichen Gestaltung der Arbeit und der sozialstaatlichen Umwandlung der Ökonomie ist unsere soziale Utopie der Demokratie als Staats- und Lebensform. In Verbindung mit der Verallgemeinerung des Zugangs zur Erwerbsarbeit werden sich dadurch die individuellen Optionen für alle erhöhen lassen. Das gilt insbesondere für den verstärkten Wunsch der Frauen nach Gleichberechtigung im Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Frauen sind nicht mehr bereit, sich zwischen der in dieser Gesellschaft leider noch bestehenden faktischen Alternative Beruf oder Familie entscheiden zu müssen. Frauen wollen beides, und dies erfordert eine Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit.

Durch die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung bekommt die Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit einen höheren Stellenwert. Sie ist nicht mit freier Zeit gleichzusetzen. Ein Teil hiervon ist für notwendige Reproduktionsarbeiten (z.B. Familien- und Hausarbeit) erforderlich. Dennoch nimmt der Anteil an frei verfügbarer Zeit zu. Die objektiven Möglichkeiten, diese Zeit zu nutzen, sind vielfältiger und differenzierter geworden. Die subjektiven Chancen, diese Angebote wahrzunehmen, sind gestiegen. Deshalb müssen mehr reale Möglichkeiten organisiert werden, zwischen Erwerbsarbeit und gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten wählen zu können. Ganzheitliche integrierte Konzepte haben die Lebens- und Arbeitsbedingungen gleichermaßen mit einzuschließen. Das bedeutet nicht zuletzt verstärktes gewerkschaftliches Engagement in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit.

Perspektiven einer ökologisch-sozialen Arbeits- und Produktionspolitik

In den Betrieben finden geradezu revolutionäre Umgestaltungen statt. Die Anwendungen neuer Technologien führt zu ungeheuren Produktivitätsschüben. Das Verhältnis von Arbeit und Technik ändert sich. Traditionelle Hierarchien werden in Frage gestellt und oftmals durch funktionale Hierarchien verdrängt. An den Arbeitsplatz

werden neue Ansprüche gestellt, ja Berufsfelder verändern sich, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit verschwindet immer mehr.

Zukünftige Gewerkschaftspolitik muß deshalb stärker denn je zur integrativen Arbeits- und Produktionspolitik werden, die in den produktiven Zentren der Gesellschaft ihre Verankerung verteidigt und ausweitet. Es kommt dabei darauf an, den solidarischen Ausgleich zwischen »Rationalisierungsgewinnern« und »Rationalisierungsverlierern« zu ermöglichen. Die Formulierung einer übergreifenden Arbeits- und Produktionspolitik und umfassender Konzepte der Interessenvertretung wird zur Überlebensbedingung gewerkschaftlicher Politik.

Den Gewerkschaften geht es darum, durch eine vorausschauende, menschengerechte Technikgestaltung und -nutzung den arbeitenden Menschen die Zukunft in der Arbeitswelt einer solidarischen Gesellschaft zu sichern. Wir fragen danach, wie sich über die Nutzung neuer Technik die Arbeit zum Vorteil der Menschen neu organisieren läßt und welche Zugewinne an Lebens- und Arbeitsqualitäten über eine Neuorganisation möglich werden.

Unser erster Ansatzpunkt liegt auf der betrieblichen Ebene. Das Aktionsprogramm »Arbeit und Technik« muß in eine breite Bewegung für die soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen überführt werden. Der Abbau gesundheitlicher Belastungen, die Erweiterung von Arbeitsinhalten, Vermeidung unnötiger Kontrollen, die Schaffung qualifizierter Arbeitstätigkeiten werden weiterhin wesentlicher Inhalt der Betriebspolitik sein. Stärker noch als in der Vergangenheit gilt es, die Chancen zu nutzen, Qualifizierungs- und Bildungspolitik mit tarifpolitischen Vorstellungen zu einer integrierten Arbeits- und Produktionspolitik zu verbinden.

Wir wissen, daß betriebliche Technikentscheidungen sich nicht auf Produktionsmethoden und -verfahren reduzieren lassen. Die Produkte selbst sind der eigentliche Ansatzpunkt, nicht nur für die zukunftsbezogene Sicherung der Arbeitsplätze oder die ökologischen Bezüge der Produktion, sondern auch für den Technikeinsatz im Betrieb und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Mitbestimmung bei den Produkten ist deshalb auch in diesem Zusammenhang eines unserer zentralen Anliegen. Wir wollen dabei nicht nur, daß die Arbeitnehmer Einfluß nehmen auf das was sie produzieren, wir wollen gleichzeitig ihre Verantwortung stärken für ihre Produkte und damit für die Art von Technik, die sie benutzen und die sie verbreiten. Dafür müssen Betriebsräte und Belegschaften stärker als bisher Arbeitsorganisation und Technikauswahl beeinflussen. Sie müssen die sozialen und ökologischen Konsequenzen industrieller Produktionsprozesse sichtbar machen und in Richtung einer gebrauchswertorientierten Produktion gestalten.

Unser zweiter Ansatzpunkt verfolgt eine Neuorientierung der Strukturpolitik. Unsere neuen strukturpolitischen Initiativen zielen auf die Verbindung von regionalen Beschäftigungs- und Bedarfsefeldern. Es sind dies

- die Vermittlung neuer Qualifikationen (berufliche Weiterbildung und soziale Qualifikationen) im Vorfeld unmittelbarer Beschäftigung;
- die Umstellung auf neue Produkte durch die Erweiterung bestehender Produktionsprogramme und Entwicklung neuer Produktlinien;

- die Schaffung neuer Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, mit denen die praktischen Erfahrungen und die sozialen Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die soziale Gestaltung des strukturellen Wandels nutzbar gemacht werden können.

Dies geschieht auch durch die Konkretisierung der instrumentellen Ansatzpunkte, die auf die parallele Überwindung von Beschäftigungs- und Umweltproblemen gerichtet sind. Dazu gehören vor allem

- betriebliche Beschäftigungspläne
- örtliche Beschäftigungsgesellschaften
- regionale Beschäftigungsprogramme.

Unsere Initiativen sind eingebettet in die beschäftigungspolitischen Vorstellungen des DGB auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Wir fordern nicht nur die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes unter umweltpolitischen Aspekten, sondern auch ein Gesetz zur Einstellung von Umweltbeauftragten sowie einen verbesserten Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, die Verstöße gegen Umweltgesetze anzeigen. Umweltvergehen sind keine Kavaliersdelikte. Sie sind Verbrechen gegen Leben und Gesundheit und müssen deshalb angezeigt und bestraft werden. Unser Ziel ist es, die Externalisierung von Risiken zu vermeiden, wie sie durch nicht menschengerechte Techniknutzung sowie Umwelt- und Gesundheitsverschleiß entstehen. Die betrieblichen Entscheidungsprozesse müssen so verändert werden, daß eine Risikobewältigung im Betrieb zur Regel wird.

Wir fordern schließlich gewerkschaftliche Umstellungsaktivitäten im Betrieb, in denen Vorschläge und Aktivitäten zur Umstellung des Produktionsprogramms auf gesellschaftlich sinnvolle und sozial nützliche Erzeugnisse entwickelt werden.

All dies sind neue Herausforderungen für die Gewerkschaft, für Betriebsräte und Vertrauenskörper. Sie stellen auch neue Herausforderungen an die Qualifikation der betrieblichen Interessenvertreter. Wer den Technikprozeß arbeitnehmergerecht gestalten will, der muß selbst ein Technikexperte sein. Gestaltungspolitik, die wir wollen, erfordert mehr Kompetenz als das bloße Verhindern negativer Auswirkungen.

Betriebsräte und Vertrauensleute, die nicht für alles Spezialist sein können, leisten zwar tagtäglich ein enormes Pensum und haben sich auch gut in diese Fragestellungen eingearbeitet, aber letztendlich reicht auch dies nicht aus. Deshalb müssen wir verstärkt die Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler für uns gewinnen, die an der Entwicklung dieser neuen Techniken beteiligt sind. Wir müssen nach neuen Formen suchen, wie wir sie in unsere Gestaltungspolitik miteinbeziehen können.

Den Zusammenhang von Individualität und sozialer Sicherheit neu gestalten

Höhere Einkommen und ein höheres Bildungsniveau für die Mehrheit der Bevölkerung bieten die Chance für mehr individuelle Selbstverwirklichung und größere gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt. Aber diese Chancen haben nicht alle Teile der Bevölkerung. Nach wie vor gibt es Menschen, die am Rande des Existenzminimums

leben, die sozial und materiell ungeschützt sind und die von den Reichtümern und der kulturellen Vielfalt dieser Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Die Spaltung unserer Gesellschaft ist bereits in weiten Bereichen zur bitteren Realität geworden. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen und Ausländer drohen an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Diese Spaltung wird durch die kapitalistische Marktwirtschaft verursacht und kann vom Staat zementiert oder abgebaut werden. Die neokonservative Politik trägt ganz erheblich dazu bei, die Spaltung voranzutreiben:

- durch eine Steuerreform, die die Reichen privilegiert und die Kleinverdiener benachteiligt
- durch Kürzung bei den Sozialleistungen
- durch eine Lockerung von Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzbestimmungen und
- durch die Schwächung der Gewerkschaften.

Diese Politik ist ein Angriff auf unsere Verfassung. Denn zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik gehört nicht zuletzt auch der sozialstaatliche Auftrag, den das Grundgesetz festschreibt. Das Leitbild einer gerechten Sozialordnung, wie es Artikel 20 enthält, ist das Leitbild gesellschaftlicher Gleichheit. Das schließt nicht nur eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung ein. Dazu gehört vielmehr auch die Beseitigung ungleicher Startchancen der Menschen aus ungleichen Lebenslagen. Dazu gehört vor allem der Abbau von Machtgefälle samt den daraus resultierenden Möglichkeiten der Fremdbestimmung des einen über den anderen. Und schließlich gehört dazu als augenfälligstes Symptom des verletzten Sozialstaatsgebots das aktive Handeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Mehrheit der Bevölkerung steht dem Sozialstaat positiv gegenüber: Ca. 90 Prozent weisen dem Staat die Verantwortung für die finanzielle Absicherung bei Bedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter zu. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Rückzug des Staates oder der Organisationen des sozialen Sicherungssystems nicht den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Das Gegenteil ist der Fall. Der grundgesetzlich verankerte Sozialstaat ist und bleibt die Voraussetzung der Wohlfahrt für alle. Die ideologischen Gegensätze zwischen »Verstaatlichung« und »Privatisierung« entbehren theoretischer und empirischer Grundlagen.

Die traditionellen sozialen Sicherungssysteme haben sich grundsätzlich bewährt. Die Korrektur von Anpassungsmängeln und Fehlentwicklungen und die sozialverantwortliche Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel sind jedoch überfällig. Das gilt insbesondere für die Beseitigung der Benachteiligung der Frauen in der Rentenversicherung. Es kommt vor allem darauf an, Ungerechtigkeiten, Verkrustungen und Bürokratismus abzubauen und individuelle Freiheitsräume, Bürgernähe, Demokratie und Selbstverwaltung zu erreichen.

Aktive Sozialpolitik, in der Vorsorge und Vorbeugung stärker als in der Vergangenheit ausgeprägt sein müssen, hat die Verbesserung der Lebensqualität durch Schaffung humaner und sozialer Lebensbedingungen zum Ziel. Insofern ist Sozialpolitik ein Kernstück der Gesellschaftspolitik.

Beherrschendes Prinzip der traditionellen sozialen Sicherungssysteme ist die Lohn- und Beitragsbezogenheit. Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Deregulierung des Arbeitsrechts, die das Normalarbeitsverhältnis unterminiert, bietet das lohnbezogene Sicherungssystem keinen ausreichenden Schutz vor Armut. Der Solidarausgleich ist deshalb zu stärken und gezielt auszuweiten.

Massenarbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und gesundheitsgefährdende Arbeits- und Lebensumwelt sind die zentralen Ursachen für die finanziellen Probleme sozialer Sicherungssysteme. Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses sowie wirksamer Arbeits- und Umweltschutz sind wichtige Elemente einer aktiven und solidarischen Sozialpolitik.

Wir betrachten den Sozialstaat als institutionellen Garanten der Menschenwürde. Das heißt für uns auch, daß die Menschenwürde nicht nur für Männer, sondern auch im gleichen Maße für Frauen gesichert wird. Auch deshalb lassen wir es nicht zu, daß der Sozialstaat verächtlich gemacht und bis zur Unkenntlichkeit reduziert wird.

Solidarität und Freiheit gemeinsam verwirklichen – Grundkonstanten und Maßstäbe gewerkschaftlicher Politik

Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; sie versuchen, vom Mehrheitsstandpunkt aus die Gesellschaft zu gestalten und das Gemeinwohl zu mehren. Gewerkschaftsarbeit war und ist deshalb immer auch politische Arbeit; sie läßt sich nicht auf die Aufgaben blanker Interessenverbände reduzieren.

Wir sollen Solidarität und Freiheit als Leitlinie unseres Handelns und als Ziele unserer gesellschaftlichen Reformvorstellungen gleichermaßen verwirklichen. Dabei muß gerade der Solidaritätsbegriff auf eine neue geistige Grundlage gestellt werden. In einer Zeit, in der sich Solidarität nicht mehr aus dem stummen Zwang des Milieus ergibt, muß Solidarität neu erfahren, ja regelrecht gelernt werden.

Solidarität und Freiheit muß auch Leitlinie der Organisationspraxis der IG Metall sein. Dies war auch in der Vergangenheit tragende Säule unserer Politik. Mehr als zehn Jahre Massenarbeitslosigkeit hätten wir nicht so bestehen können, wie wir sie bestanden haben: Ohne Legitimationskrise, ohne Mitgliederverluste und in vielen Bereichen sogar mit einer offensiven und gestalterischen Politik. Nirgendwo auf der Welt, mit Ausnahme von Nordeuropa, können die Gewerkschaften ähnliches von sich behaupten.

Solidarität und Freiheit werden künftig noch mehr gefordert sein

- im Verhältnis der Generationen zueinander
- im Verhältnis zwischen Männern und Frauen
- im Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten.

Solidarität ist auch ein moralischer Imperativ. Wer mehr hat als die anderen, wem es besser geht, der muß zu Solidarität gegenüber den Schlechtestgestellten gezwungen werden können. Hierzu ist allerdings nur eine Gesellschaft legitimiert, die auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit basiert.

Gewerkschaften sind als Solidarorganisationen der Schwächeren gegen mächtige Arbeitgeber entstanden. Im Kern sind sie das auch heute noch. Aber Gewerkschaften waren immer auch Organisationen, in denen bessergestellte Arbeitnehmer Solidarität mit Schlechtergestellten geübt haben und in denen der eine für den anderen eintrat. Angesichts einer heterogener werdenden Arbeitnehmerschaft kommt es verstärkt darauf an, dieses Solidaritätsverständnis zu praktizieren.

Viele Probleme sind allein auf der betrieblichen Ebene nicht zu bewältigen. Eine ausserbetriebliche Unterstützung und Mobilisierung erweist sich als immer dringlicher. Eine gerechte Einkommenspolitik ist allein mit den Mitteln der Tarifpolitik ebenso wenig zu erreichen wie die Integration von Erwerbs- und Familienarbeit. Hier, wie auf vielen Feldern, ist die staatliche Politik gefordert. Mit einer zunehmend engeren Verknüpfung von Arbeits- und Lebensinteressen muß die betriebliche und tarifliche Gestaltungsmacht der IG Metall durch die politische Gestaltungsmacht ergänzt werden. Wer, wie es in der Satzung der IG Metall heißt, die Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitnehmer wahrnehmen will, der muß sich einmischen in die Politik, muß Standpunkte beziehen in dieser Gesellschaft.

Erhalt und Ausbau unserer zahlenmäßigen Stärke, die Veränderung unserer Mitgliederstruktur und die Ausweitung unserer Aktivitäten auf neue Handlungsfelder, alles dies ist nur leistbar, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt und speziell unsere Mitglieder sich mit den Inhalten und Zielen, die wir vertreten, identifizieren. Wir brauchen deshalb Offenheit, Toleranz, Diskussionsfreudigkeit und Dialogfähigkeit nach innen und nach außen. Die beschriebenen Tendenzen der Individualisierung müssen sich widerspiegeln in der gewerkschaftlichen Diskussion und in den gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen selbst, in einer neuen Art der Kommunikation zwischen Mitgliedern, zwischen den Arbeitnehmern in den Betrieben und in Verwaltungen. Wir brauchen darüber hinaus die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele.

Wir wollen schließlich – und das ist eine politische Perspektive der Gewerkschaften – das Bewußtsein unserer Mitglieder und der Bevölkerung dafür schärfen, daß wir in einer Welt leben, in der Unfrieden und Ungerechtigkeit herrschen, in der die natürlichen Existenzgrundlagen gefährdet werden und dem Reichtum der wenigen der Hunger der vielen gegenübersteht. Das Bewußtsein, Verantwortung zu tragen nicht nur für das, was im eigenen Hinterhof geschieht, sondern auch für das, was durch Ungerechtigkeit, durch Krieg und Zerstörung zum Elend anderer Menschen beiträgt, und das Bewußtsein, von diesen Entwicklungen gleichzeitig abhängig zu sein, muß unser Handeln bestimmen. Wir müssen solidarisch denken und handeln, damit die Freiheit von Not und Angst und die Freiheit, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten, nicht unter die neokonservativen Räder kommen. Solidarität und Freiheit, begründen für uns ein Stück realer Utopie der Gegenwart.